Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 101 — Mittwoch, den 21. Dezember 1927 — 40. Jahrgang

Reichstagsferien.

Mit einem tief aus dem Herzen kommenden „Uff!" der Erleichterung sind am vergangenen Sonnabend die Reichstagsabgeordneten in die Ferien gegangen; denn „der letzten Monate Qual war groß", um ein Wort Schillers etwas zu variieren. Mehr als reichliche Arbeit in den Ausschüssen, vielstündige Sitzungen im Plenum, wo zahllose Abstimmungen stattfanden, deren Resultat so manches Mal auf des Messers Schneide stand, haben Zeit und Arbeitskraft der Volksvertreter stark genug in Anspruch genommen. Angenehmer und kurzweiliger wurde die Sache dadurch auch nicht gerade, daß der Wahlkampf des kommenden Jahres seinen ersten Schatten über das „Hohe Haus" warf, Anträge, Reden und Abstimmungen zu beeinflussen begann.

Das Parlamentsjahr 1927 zog ja im Zeichen der Krise ein, der „üblichen" Weihnachtskrise, die im Anfang Februar durch das neugebildete Kabinett Marx ihr Ende fand. Die Opposition hat der neuen Regierungskoalition und ihrem Kabinett manch schwere Stunde bereitet, so manches Mal haben auch angebliche oder wirkliche innere Schwierigkeiten in Kabinett und Koalition die Entwicklung zu gefährden vermocht. Beides wurde bisher überwunden; aber — man hüte sich vor dem politischen Prophezeien darüber, wie es im kommenden Jahre aussehen wird! Wachsende, tiefere Schatten wirft der Wahlkampf voraus; da muß man sich denn immer auf allerhand Überraschungen gefaßt machen. Auch bei der Beratung des Reichsschulgesetzentwurfs haben sich — wieder einmal — innerhalb der Koalition Schwierigkeiten gezeigt; nach bewährter Methode hat man die Weiterberatung vertagt, um in der Zwischenzeit eins der im Parlament überaus üblichen Kompromisse zu finden. Schließlich hat ja keine der jetzigen Koalitionsparteien ein wesentliches Interesse an der Sprengung des parlamentarischen Bündnisses, die zweifellos die Auflösung des Reichstages herbeiführen würde. Will man doch unter allen Umständen noch das Liquidationsschädengesetz, den Etat, das neue Strafgesetzbuch und so manches andere erledigen, vielleicht sogar auch an die soviel diskutierte Reichsverwaltungs- und -verfassungsreform herangehen. Mitte Januar wird die jetzt aufgewühlte Streitfrage — Beauffichtigung des Religionsunterrichtes in der Bekenntnisschule durch Beauftragte der entsprechenden Religionsgesellschaften —, die schon Anlaß zu Krisengerüchten gab, auch wieder mit größerer Wuhe und durch gegenseitiges Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen sein, weil man einen Wahlkampf um das Reichsschulgesetz denn doch nicht entbrennen lassen will.

Gesetzgeberisch ist im Jahre 1927 durch den Reichstag recht Erhebliches geleistet worden; ob Gutes oder Schlechtes, wird natürlich vom verschiedenen Parteistandpunkt aus auch verschieden beurteilt. Die großen Vorlagen über die Erwerbslosenversicherung und die Beamtenbesoldungsreform konnten aber doch auch mit Zustimmung der Opposition erledigt werden; sie sind sozialpolitisch, finanziell und wirtschaftlich von besonders großer Bedeutung. Erfreulicherweise ist es auch gelungen, eine Reihe von Handelsverträgen unter Dach und Fach zu bringen und die abgebrochenen handelspolitischen Beziehungen mit Polen leicht wieder anzuknüpfen. Am meisten Arbeit verursachte dem Parlament natürlich das Schmerzenskind, nämlich die Finanzen Deutschlands. Auch hier ist noch manches, was geschehen soll, erst im Werden, aber in letzter Stunde hat man doch wenigstens eine wenn auch bedingte Lohnsteuersenkung durchgeführt, weil die Reichseinnahmen weit höher waren, als man dies zu Beginn des Jahres je zu hoffen wagte. Denn im großen und ganzen können wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1927 einigermaßen zufrieden sein; dabei hat zweifellos sehr erheblich mitgewirkt, daß unsere deutsche sozialpolitische Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß kam, die Wirtschaft vor irgendwelchen Experimenten nach dieser Richtung hin verschont geblieben ist.

Außenpolitisch hat sich der Reichstag einer gewissen Resignation hingegeben, da hier die Entwicklung zwangsläufig verlief. Hierin herrschte im Reichstag eine Art Kirchhofsruhe, die nur sehr selten durch kurze, müde Debatten gestört wurde; daß es im nächsten Jahr anders wird, ist nicht zu erwarten.

Viel an Arbeit ist durch den Reichstag geleistet worden im nun bald verflossenem Jahr; nicht minder Wichtiges soll im kommenden Jahr noch geleistet werden und dann — hat der Wähler das Wort.

Ein Unterseeboot gerammt und gesunken.

Morseverständigung unter Wasser.

Das amerikanische Unterseeboot „S. 4" wurde auf der Höhe von Woodend von dem zum Küstenschutz gehörenden Zerstörer „Paulding" gerammt und ging unter. Zeugen des Unglücks berichten, daß der Zerstörer „Paulding" im Begriff war, in den Hafen einzulaufen, als das Unterseeboot plötzlich emportauchte. Der Zerstörer konnte seine Fahrtrichtung nicht mehr ändern, und so stießen die Schiffe zusammen. Das Unterseeboot sank sofort. Das Schicksal der aus vier Offizieren und 39 Mann bestehenden Besatzung ist noch ungewiß.

Der Zerstörer „Paulding" erreichte den Hafen mit Wasser im unteren Schiffsraum. Er wird voraussichtlich sofort auf Strand gesetzt werden müssen, da man sein Sinken befürchtet.

Das Marinedepartement wurde benachrichtigt, daß Taucher feststellten, daß sich in dem Torpedoraum des Unterseeboots „S. 4" sechs Mann am Leben befinden. In das Unterseeboot wurde Luft gepumpt und zwischen den Tauchern und den Leuten im Torpedoraum

durch Klopfzeichen eine Verständigung

herbeigeführt. Die Klopfzeichen wurden erwidert und es entspann sich zwischen den Eingeschlossenen und den Tauchern folgende Unterhaltung. Frage von außen: „Ist Sauerstoff vorhanden?" Antwort von innen: „Nein, Luft ist stickig. Wie lange dauert es noch?" Auf die weitere Frage der Taucher: „Wieviel seid ihr?" kam die Antwort: „Wir sind sechs. Bitte, beeilt euch! Wird es noch lange dauern?" Darauf antworteten die Taucher: „Wir tun alles mögliche."

In der Bevölkerung rief der Untergang des Unterseebootes begreiflicherweise allergrößte Erregung hervor. Die Bergungsarbeiten wurden schleunigst eingeleitet und zunächst eine

Markierung der Unfallstelle durch Leuchtbojen

durchgeführt. Außerdem wurden von allen Seiten Taucher und Preßluftpontons abgeschickt. Admiral Hughes übernahm von Washington aus persönlich die Organisierung des Hilfswerkes.

Im Laufe des Tages trafen dann auch noch insgesamt 50 Taucher und neun Marinefahrzeuge an der Unglücksstelle ein, um die Hebearbeiten aufzunehmen. Taucher konnten erst nach stundenlangem Suchen die Position des Wracks feststellen, das rund 1650 Meter von der Hafeneinfahrt in etwa

33 Meter Tiefe liegt.

Eine Rettung der in dem gesunkenen Unterseeboot noch lebenden Mannschaft wird sich nur durch Heben des Bootes ermöglichen lassen. Da alle Rettungsarbeiten mit größtem Nachdruck betrieben werden, besteht die Hoffnung, wenigstens einen geringen Teil der Besatzung am Leben zu erhalten.

Die Hilfe für Ostpreußen.

Gemeinsame Kabinettssitzung.

Eine gemeinsame Sitzung der beiden Kabinette, der Reichsregierung und der preußischen Regierung, wurde für Mittwoch angesetzt, in der über die Maßnahmen beraten werden wird, die die beabsichtigte Aktion der beiden Regierungen zur Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Ostpreußen vorgesehen hat.

Geplant sind die Ausgabe möglichst niedrig verzinslicher Pfandbriefe, die Gewährung von Zwischenkrediten für die Landwirtschaft, ein Sonderkredit für die Genossenschaften. Die bisherigen erststelligen Hypotheken sollen verbilligt, Wechselschulden und zweite Hypotheken abgelöst werden. Über den wirtschaftlichen Sachverständigen, den Ostpreußen in die neue Verwaltungsstelle für Ostpreußen beim Reichsministerium des Innern entsenden soll und für den das Recht des unmittelbaren Vortrags beim Reichskanzler vorbehalten ist, ist noch keine Entscheidung getroffen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde der Gesetzentwurf betreffend das Übereinkommen und Statut über die Internationale Rechtsordnung der Seehäfen behandelt. Nach längerer Aussprache kam sowohl von seiten der Reichsregierung wie von Mitgliedern des Ausschusses zum Ausdruck, daß der Wunsch nach einer möglichst freiheitlichen Gestaltung der Beziehungen der Seeschiffahrt allerdings im Statut in mancher Hinsicht nicht verwirklicht worden sei, insbesondere seien die deutschen Wünsche in dieser Beziehung nicht durchweg befriedigt worden. Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Das gestrichene Panzerschiff.

Doppelvorlage im Reichstag?

Der Reichsrat hat bekanntlich an dem Etatsentwurf für 1928 mehrere Streichungen vorgenommen, so u. a. auch eine angeforderte Summe von 23,5 Millionen Mark für den Bau eines neuen Panzerschiffes abgesetzt.

Diese Kürzung, die der Reichsrat mit der Notwendigkeit begründete, überflüssige Ausgaben zu vermeiden und mehr Wert auf die Sozialpolitik zu legen, hat ziemliches Aufsehen wachgerufen. Man schreibt die Streichung den preußischen Stimmen im Reichsrat zu und will wissen, die Reichsregierung werde sich dabei nicht beruhigen, sondern dem Reichstag eine Doppelvorlage zugehen lassen. In manchen Kreisen wird allerdings behauptet, der Beschluß des Reichsrats sei auf die Haltung der Zentrumsvertreter zurückzuführen. Würde das Zentrum im Reichstag nicht von dem Standpunkt seiner Freunde abweichen, so hätte die Regierung wenig Aussicht, mit ihrer Panzerschiffforderung durchzudringen.

Programm des Jungdeutschen Ordens.

Kein Gegensatz von rechts und links.

Ein „Reichsordenskapitel [illegible] s Jungdeutschen Ordens" wurde Sonntag in Berlin a[illegible]kten, an dem sich zahlreiche Führer der Vereinigung aus de[illegible] Reiche beteiligten. Der Hochmeister des Ordens, Mahraun, gab [illegible] Richtlinien bekannt, nach denen gearbeitet werden soll.

Mahraun wies einleitend au[illegible]ampf des Ordens um seine Gestaltung hin und betonte, d[illegible]er Orden jetzt seine bisherige Aufgabe, nämlich für den Selbstschutz Deutschlands einzutreten, hinter sich habe. Die Arbeit des Ordens gelte den jetzigen Zuständen in Deutschland. Heute habe man nicht die Demokratie, sondern die Plutokratie. Der Kampf des 20 Jahrhunderts gehe um die Freiheit der Völker gegen die Tyrannei des Geldes. Der Orden glaube nicht an den Völkerbund; er lehne aber jedes nutzlose Predigen des Revanchegeistes ab. Das jetzige Manifest bilde nur den Anfang einer Aussprache mit Führern aller Richtungen. Mit dem Manifest beirade der Orden jeden bisherigen Streit; er kenne keinen Gegensatz von rechts und links, keinen Unterschied von Klassen und Ständen. Der Verfassungsgrundsatz, daß die Gewalt vom Volke ausgehe, sei verletzt worden. An die Stelle der von der Weimarer Verfassung gewollten Macht des Volkes sei die Macht des Geldes getreten. Der Kampf gegen die Plutokratie müsse unter Umständen auch mit Wahlenthaltung durchgefochten werden.

Der Eisenkonflikt dauert an.

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Arbeitnehmer.

In Essen tagte die Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes (freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch) für den Ruhrbezirk Nordwest. Nach erregter Aussprache wurden die beiden Schiedssprüche des Schlichters einmütig abgelehnt. Angegriffen wurden in dem Arbeitszeitschiedsspruch insbesondere die Regelung der Sonntagsarbeit und die Bestimmungen über die Arbeitszeit in den weiterverarbeitenden Betrieben. Die Regelung über die Lohnhöhe wurde als

vollständig indiskutabel

bezeichnet, und auch die Laufdauer des Schiedsspruchs wurde abgelehnt.

In Mülheim an der Ruhr tagte gleichzeitig die Vertreterkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Auch in dieser Versammlung wurde der Schiedsspruch über die Lohnhöhe kurzerhand abgelehnt. Die Ansichten über den Schiedsspruch bezüglich der Arbeitszeit waren geteilt.

Die führenden Industriellen der nordwestlichen Gruppe des Arbeitgeberverbandes sind in Düsseldorf zu einer vertraulichen Besprechung zusammengetreten, um die Richtlinien für die Stellungnahme der Großindustrie bei den am Dienstag stattfindenden Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister in Berlin festzulegen. Eine Klärung in der Frage der Stillegungsaktion ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Diese Ungewißheit hat in Arbeiterkreisen Beunruhigung hervorgerufen.

Vor der Verbindlichkeitserklärung in Niederschlesien.

In Waldenburg nahmen sowohl die Arbeitnehmer- wie auch die Arbeitgeberverbände zu dem am Sonnabend gefällten Schiedsspruch Stellung. Die Arbeitnehmerverbände lehnten den Schiedsspruch ab, die Arbeitgeber nahmen ihn trotz schwerer Bedenken an. Nunmehr finden die Nachverhandlungen statt, in denen aller Voraussicht nach der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird. Damit dürfte die Streikgefahr im niederschlesischen Kohlenrevier behoben sein.

Die Präsidenten der Landesarbeitsämter.

Ernennungen durch den Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat im Einvernehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie den obersten Landesbehörden zu Präsidenten der Landesarbeitsämter folgende Herren ernannt: Für den Bezirk Ostpreußen den Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Gaßner, für Schlesien den Landesrat Gärtner, für Brandenburg Stadtrat Brühl, für Pommern Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium Kretschmann, für die Nordmark Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Dr. Stöberg, für Niedersachsen Präsident Dr. Link, für Westfalen Direktor Dr. Ordemann, für das Rheinland Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Mission, für Hessen den badischen Arbeitsminister a. D. Dr. Engler, für Mitteldeutschland den Präsidenten im Landesfinanzamt Berlin Dr. Löblich, für Sachsen Dr. Schulze, für Bayern Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Geheimrat Kerschensteiner und für Südwestdeutschland Ministerialrat im württembergischen Arbeitsministerium Kälin.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die 26prozentige Reparationsabgabe.

Bekanntlich sind seit einiger Zeit Verhandlungen im Gange, um einen Fortfall der 26prozentigen Reparationsabgabe auf deutsche Waren bei Einfuhr nach Frankreich und England zu erzielen. Dem Vernehmen nach werden von englischer Seite kaum Einwendungen gegen die Aufhebung der Abgabe erhoben. Dagegen zeigt Frankreich bisher wenig Neigung, sich dem englischen Beispiel anzuschließen. Jedoch hofft man, schließlich auch diesen Widerstand überwinden zu können.

Dr. Stresemann vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Ergebnissen der Genfer Verhandlungen. Zu Beginn der Aussprache gab Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann eine ausführliche Darstellung aller Angelegenheiten, die bei der Genfer Zusammenkunft Grundlage der Besprechungen gewesen waren. Graf Bernstorff sprach über den Stand der Abrüstungsfragen, bei denen er in Genf als deutscher Vertreter beteiligt war. Eine längere Aussprache schloß sich an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219271221-14/fragment/page=0001

Wahlpolitik des Zentrums.

In einer von der Hessen-Nassauischen Arbeitsgemeinschaft der Zentrumspartei abgehaltenen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Joos über die Gegenwartspolitik. Neuwahlen müßten im Frühjahr stattfinden, weil die Regierungsparteien nicht länger zusammenhalten würden. Das Zentrum habe an dieser Koalition keine ungemischte Freude erlebt und sie werde nicht zum Dauerzustand werden. Das Zentrum gehe frei und ungebunden in den Wahlkampf und trete für eine große Koalition ein als der einzigen Möglichkeit zur Sicherung des Friedens und der Gerechtigkeit nach innen und außen.

Rußland.

× **73 Mitglieder aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.** Der Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nahm einstimmig und ohne Stimmenthaltungen eine Resolution an, durch die 75 aktive Mitglieder der Trotzkistischen Opposition, darunter Kamenew, Rakowski, Smilga, Smirnow, Radek und andere vielgenannte Persönlichkeiten, als offen antirevolutionär aus der Partei ausgeschlossen werden. Die Resolution billigt weiterhin die Maßnahmen des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission hinsichtlich der Opposition, darunter den Ausschluß Trotzkis und Sinowiews.

Nordamerika.

× **Friedenspaktverhandlungen mit Frankreich.** Vor einiger Zeit hat der französische Außenminister Briand Fühler nach den Vereinigten Staaten ausgestreckt zwecks Schaffung eines gegenseitigen Friedenspaktes. Diese Bemühungen haben jetzt zu einem gewissen Erfolg geführt. Staatssekretär Kellogg hat die Verhandlungen über den Briandschen Paktvorschlag durch die Überreichung einer amerikanischen Antwort vorläufig abgeschlossen. Der Entwurf der Vereinigten Staaten verpflichtet die vertragschließenden Nationen, keinesfalls einander anzugreifen, Krieg zu erklären oder Truppen in das Vertragspartners Hoheitsgebiet zu entsenden, sieht aber ausdrücklich das Recht der Verteidigung im Falle eines Angriffs vor. Der zweite Abschnitt bestimmt, daß politische Differenzen dem Schiedsverfahren unterworfen werden sollen. Es wird in Washington besonders betont, daß der Vertragsentwurf keine Sonderbestimmungen enthalte, welche nur auf Frankreich allein anwendbar sind, sondern daß im Rahmen dieses Vertrages die Vereinigten Staaten auch mit den übrigen Nationen Paktverhandlungen einzuleiten bereit seien.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Eine Meldung, wonach die deutsch-griechischen Handelsvertragsverhandlungen abgebrochen seien, bestätigt sich nicht. Es ist nicht einmal von einer Vertagung etwas bekannt.

Berlin. Der Reichspräsident empfing den österreichischen Gesandten Dr. Frank, der dieser Tage nach seiner schweren Erkrankung und Operation wieder nach Berlin zurückgekehrt ist.

Berlin. Eine Reise des Reichspräsidenten nach Schlesien ist schon lange in Aussicht genommen, ein Termin dafür aber noch nicht festgesetzt.

Berlin. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist von seiner Reise nach Königsberg wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Berlin. Das Reichswehrministerium hat für Generale die Anrede „Exzellenz" abgeschafft. Diese werden fortab mit Herr General angeredet.

Neustrelitz. Die Regierung hat infolge des Urteils des Staatsgerichtshofs gegen die Wahlbeschränkungen den Landtag von Mecklenburg-Strelitz aufgelöst. Neuwahlen finden am 28. Januar statt.

Bremen. Das Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins, „Deutschland", ist am 17. Dezember wohlbehalten in Kapstadt eingetroffen. Es wird am 2. Januar die Heimreise über Si Helena antreten und voraussichtlich Mitte März auf der Weser eintreffen.

Jerusalem. Bei einem Zusammenstoß zwischen jüdischen Arbeitslosen mit der englischen Polizei in Petach Tikwah wurden viele Arbeitslose, darunter vier Frauen, verwundet. Es wurden 17 Verhaftungen vorgenommen.

Aus der Umgegend

Nebra, den 21. Dezember.

— **Aus der Volksschule.** Herr Rektor Sander, welcher fast 16 Jahre als Lehrer und Leiter unserer Volksschule hier tätig war, wird am 1. Februar 1928 nach Freyburg a. U. versetzt.

— **Weihnachten in den Vereinen.** Wie alljährlich sorgen auch diesmal unsere Vereine für gute Festunterhaltung. Am ersten Feiertag veranstaltet der Kriegerverein eine Weihnachtsfeier, bestehend aus theatralischen Vorträgen usw., deren Erlös der Unterstützungskasse zufließen soll. Das was der Kriegerverein bisher immer geboten, war anerkannt gute Unterhaltung, denn er hat bewährte Berater und ebenso treffliche Darsteller in seinen Reihen. — Am dritten feiert der Turnverein (D.T.) sein Weihnachten. Er führt diesmal den durchschlagenden Schwank: „Der keusche Lebemann" auf. Es ist dies ein ganz hervorragendes Stück, sehr inhalts- und humorvoll, ebenso ist die Besetzung der einzelnen Rollen eine recht glückliche. Auch der Turnverein strebt nach einem guten Ziel: nach einer Turnhalle, zu der er recht bald kommen möchte. — So sind die Festveranstaltungen einem guten Zweck gewidmet und wer sie besucht, fördert damit wiederum Weihnachtsfreude. Beide Feiern finden im „Preußischen Hof" statt.

— **Städtefeuersozietät der Provinz Sachsen.** Auf die in der heutigen Ausgabe enthaltene Bekanntmachung des Magistrates betr. die Feuersozietätsbeiträge für das Jahr 1928 wird besonders aufmerksam gemacht.

— **Aushändigung der Steuerkarten für 1928 an den Arbeitgeber.** Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, seine Steuerkarte für 1928 dem Arbeitgeber bei Beginn des Kalenderjahres 1928 oder bei Beginn des Dienstverhältnisses auszuhändigen. Als Arbeitnehmer im Sinne dieser Bestimmungen gelten auch die Empfänger von Wartegeldern, Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen oder anderen Bezügen, die für eine frühere Dienstleistung gewährt werden. Solange die Aushändigung der Steuerkarte nicht erfolgt ist, muß der Arbeitgeber vom vollen Lohnbetrag 10 v. H. ohne jede Ermäßigung als Steuer einbehalten. Ein Anspruch auf Erstattung des dadurch einbehaltenen Mehrbetrags an Lohnsteuer besteht nicht. Der Arbeitnehmer hat dafür zu sorgen, daß die Steuerkarte für 1928 rechtzeitig in seinen Besitz gelangt. Sofern ihm die Steuerkarte nicht rechtzeitig zugeht, ist er verpflichtet, sie bei der zuständigen Gemeindebehörde abzuholen. Falls ein Arbeitnehmer gleichzeitig bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt ist (z. B. ein Ruhegehaltsempfänger ist als Angestellter beschäftigt oder ein Ruhegehaltsempfänger bezieht Ruhegehalt aus 2 verschiedenen Kassen), muß er bei der Gemeindebehörde die Ausstellung einer zweiten oder ferneren Steuerkarte beantragen.

Wendelstein. Bekanntlich geht der Weihnachtsmann überall hin, selbst in kleinste Ortschaften, und so kam er auch nach unserm abgelegenen Wendelstein und hielt in unserer kleinen Schule eine Bescherung ab. Zu seinem Empfange waren die Schulkinder mit ihrem Herrn Lehrer Jost und nahezu allen Eltern und Freunden der Schule im weihnachtlich geschmückten Gasthause zusammengekommen. Herr Jost hatte den Kindern prächtige Weihnachtsspiele und Weihnachtslieder gelernt, was die Eltern aufs höchste erfreute, wofür dieselben ihm auch aufs herzlichste dankten. Als vollends Knecht Ruprecht erschien und seine reichen, durch bei der Arbeiterschaft und schulfreundlichen Familien gesammelten Mittel angeschafften Geschenke verteilte, da kannte der Jubel kein Ende. Herrn Lehrer Jost sei auch an dieser Stelle für seine Bemühungen um die Fortschritte der hiesigen Schule gedankt.

Roßleben. Eine ganz besondere Weihnachtsfreude wird diesmal durch Herrn Franz Dölzner und durch Mitwirkung des Besitzers unseres Elektrizitätswerks Herrn Mitz unserer ganzen Gemeinde bereitet werden. Es ist dies ein sog. „Weihnachtsbaum für Alle". Ein fünf Meter hoher Baum ist von Herrn Dölzner gestiftet worden, er kommt am neuen Kriegerdenkmal zur Aufstellung und wird vom Elektrizitätswerk mit elektischer Beleuchtung aufmontiert. Am heiligen Abend werden wir mehrere Stunden den „Lichterbaum für Alle" strahlen sehen. Den herzlichsten Dank den Stiftern im voraus.

Roßleben. Unsere Zuckerfabrik beendete am Sonnabendabend ihren diesjährigen Rübenverarbeitungsabschnitt.

Heldrungen. Das Geschäfts-Grundstück Hauptstraße Nr. 40 hierselbst, neben Haus Schwan, ist in den Besitz der „Volkskraft" übergegangen. Die Übernahme erfolgt Anfang Januar nächsten Jahres, die Geschäftsverlegung etwas später.

Aken a. d. Elbe. Beim Rodeln fuhr das fünfjährige Söhnchen eines Werkmeisters auf die dünne Eisdecke eines Teiches, der eben erst abgeeist war. Die Eisdecke brach, und der Kleine versank in den Fluten.

Magdeburg. In der Garage auf dem Grundstück Olvenstedter Straße 3 wurde Mittwoch der Kraftwagenführer Willi R. besinnungslos aufgefunden. Er hatte bei geschlossenen Garagentüren den Motor laufen lassen und war durch die ausströmenden Kohlenoxydgase betäubt worden. Der Verunglückte wurde mittels Krankenwagen dem Krankenhaus Altstadt zugeführt, wo nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

Noch einmal: **Warum müssen wir die deutsche Gemeinschaftsschule erstreben?**

Es hat dem Verfasser des obigen Artikels fern gelegen, eine Pressepolemik über das Thema „Reichsschulgesetz" zu veranlassen. Nachdem aber der Streit über die zukünftige Gestalt unserer Volksschule in die Öffentlichkeit getragen worden ist, konnten die hiesigen Lehrer mit einer Meinungsäußerung nicht länger zurückhalten. Sie fühlen sich umso mehr hierzu berechtigt, ja verpflichtet, als sie durch ihre Berufsarbeit, durch Erziehung und Unterricht oft genug in die Lage versetzt worden sind, die vielgestaltige Problematik, die sich dabei auftut, zu durchdenken und damit zu überschauen.

Den Ausführungen des Herrn A. F. gegenüber muß folgendes festgestellt werden.

1. Die hiesigen Lehrer verwahren sich mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstellung, als ob ihr Berufsstand aus selbstsüchtigen Gründen für die Gemeinschaftsschule eintrete. Wie mit wohl genügender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht wurde, will die deutsche Lehrerschaft mit dieser Forderung dem großen Gedanken der Volksgemeinschaft dienen. Daß zur Erreichung dieses Zieles auch noch andere Wege möglich sind, ist selbstverständlich.

2. Die deutsche Lehrerschaft sieht darum in der Schulfrage nicht allein ein religiöses, sondern auch ein volkspolitisches Problem, das um einer bessern Zukunft unseres Volkes willen einmal gelöst werden muß.

3. Durch seine einseitigen, von konfessioneller Voreingenommenheit zeugenden Ausführungen beweist Herr A. F. selbst aufs deutlichste die Notwendigkeit einer Schulform, welche dazu beiträgt, die vorhandenen Gegensätze in unserm Volke auszugleichen.

4. Die Forderung einer weltanschaulich engen Bekenntnisschule würde an unserm Ort mit Sicherheit eine Bewegung zugunsten einer bekenntnisfreien oder Weltanschauungsschule auslösen. An Stelle unseres voll entwickelten Nebraer Schulsystems würden also aller Wahrscheinlichkeit nach 2 oder 3 sich schroff gegenüberstehende Splitterschulen mit untergeordnetem Lehrziel treten. Die weittragenden finanziellen Auswirkungen sollen dabei nicht einmal besonders betont werden.

5. Die Vorstellung, die sich der Verfasser von dem Religionsunterricht in einer Gemeinschaftsschule gebildet hat, läßt ausreichende Sachkenntnis vermissen. Jeder Kenner der bereits bestehenden Gemeinschaftsschulen wird wissen, daß der Religionsunterricht dort der gleiche bekenntnismäßige ist, wie in den rein evangelischen Schulen. In § 8 des Keudellschen Schulgesetzentwurfs aber wird über den Religionsunterricht in Gemeinschaftsschulen folgendes bestimmt: „Der Religionsunterricht ist für alle Klassen ordentliches Lehrfach. Er wird nach Bekenntnissen getrennt erteilt". Damit erledigt sich auch der gegen die Gemeinschaftsschule erhobene Vorwurf, in ihr würden die Protestanten „die Religion" einbüßen.

6. Die deutschen Lehrer haben der Elternschaft niemals das Recht bestritten, in Fragen der Schulform selbständig zu entscheiden.

7. Daß die Berufsarbeit der Lehrer verschieden bewertet und beurteilt wird, ist nur zu natürlich. Sie teilen eben das Schicksal der vielen, die es nicht allen recht machen können, trösten sich aber mit der Ueberzeugung, immer strebend sich für das Gute eingesetzt zu haben.

Indem sie nun von ihrer Seite aus auf eine weitere, sicherlich nicht ersprießliche Erörterung der Frage über die beste Schulform (wenigstens an dieser Stelle) verzichten, vertrauen sie dem gesunden Urteil der Nebraer Bevölkerung, an die sie die Bitte richten: Prüfet alles, und das Beste behaltet!

Im Auftrage des „Lehrervereins Nebra u. Umg.: K. Sakowki, Lehrer.

Die Jugendburg des Kyffhäuser-Turngaues.

Der Kyffhäuser-Turngau e. V., die Bezirke Sondershausen, Bleicherode, Nordhausen, Ellrich, Stolberg, Sangerhausen, Artern, Mansfeld und Eisleben—Querfurt umfassend, gehört der Deutschen Turnerschaft an. Er verfolgt dieselben Ziele und arbeitet an der Lösung derselben Aufgaben wie diese. Unter diesen Aufgaben steht an erster Stelle die Erziehung unserer deutschen Jugend zu kraftvollen, pflichtgetreuen, willensstarken Menschen. Darum ist auch der Kyffhäuser-Turngau mit vollem Rechte unter die Organisationen zu zählen, die in wirklich Erfolg versprechender Weise Jugendpflege zu treiben bestrebt sind.

Zu den besten Mitteln, eine Jugend zu erziehen, die später zu tüchtigen Stützen unseres deutschen Volks- und Staatswesens werden soll, gehören neben Turnen und Schwimmen auch das Wandern. Die Förderung dieser Form der Leibesübungen läßt sich daher der Kyffhäuser-Turngau ganz besonders angelegen sein.

So hat er in diesem Jahre von der Mansfeld A. G. in Eisleben ein Grundstück von 4600 qm. Flächeninhalt mit einem alten Steigerhause auf dem Ritterberge bei Rottleberode im Harz käuflich erworben. Dieses Gebäude will nun der Kyffhäuser-Turngau zu einem Jugendheim, verbunden mit einer Jugendherberge, ausbauen, um dort zwischen Kyffhäuser und Harz, inmitten seines Gebietes eine Stütze deutscher Volkserneuerung erstehen zu lassen.

Doch nicht nur Turnerjugend, sondern der gesamten deutschen Jugend, ohne Unterschied des Standes und der Konfession, soll dieses Heim dienen, damit in ihr der Sinn für Natur, der Sinn für die Schönheit unserer deutschen Heimat und damit die Liebe zu Volk und Vaterland geweckt und gehärkt werde. Das höchstarste Gut unseres Volkes, unsere Jugend, muß in Lebensbedingungen hineingestellt werden, die für eine seelische und körperliche Gesundheit Gewähr leisten. Was kann es da Besseres geben, als der Jugend Heimstätten zu schaffen, wo sie, fern von allem entnervenden Triebe der Großstädte, fern von Tanzabenden mit Jazzmusik und Negertänzen, von Alkohol und Nikotin, ihr Leben natürlich, einfach, erdhaftet gestalten kann. Halten wir die Jugend an zum Wandern, weil gerade das Wandern für die deutsche Charaktererziehung so ungeheuer wichtig ist.

Das Wanderheim auf dem Ritterberge besteht aus einem Mittelbau, dessen Front nach Süden zeigt, und einem westlichen und östlichen Seitenflügel. Mittelbau und westlicher Seitenflügel sind im Rohbau fertig. Letzterer enthält im Erdgeschosse einen großen Tagesraum und ein Schreib- und Lesezimmer, im Obergeschoß einen Schlafraum mit 30 Betten. Der Mittelbau enthält im Erdgeschoß drei freundliche Zimmer mit je 2 bis 3 Betten und im Obergeschoß ein Führerzimmer und zwei größere Räume mit je 6 und 14 Betten. Im Offlügel befindet sich die Wohnung für einen verheirateten Hausmeister, Küche, Waschküche und in einem Anbau Stallungen für Kleinvieh. Halle, sonnige Veranden bekleiden Mittelbau und Westflügel.

Die Lage des Jugendheimes ist wundervoll. Nach Süden zu reicht der Blick bis zu den Kyffhäusergebirgen, nach Westen zu schaut man die reizenste Hügellandschaft zwischen Rottleberode und Hermannsacker, zwischen Stempeda und Buchholz. Nördlich reicht der herrliche Stolberger Buchen- und Fichtenwald bis an das Jugendheim heran.

So erfüllt dieses Heim wohl alle Bedingungen, die gestellt werden müssen, damit sich unsere Jungen und Mädel darin wohlfühlen können. Freilich kostet ein solches Jugendheim, das mit einer Jugendherberge verbunden ist, viel Geld. Unter großen Opfern hat der Gau das Werk soweit gefördert, daß Mittelbau und Westflügel im Rohbau fertig sind. Aber allein kann der Gau die Mittel nicht aufbringen, sie sind auf die Mithilfe aller Freunde der Jugend und Gönner der Deutschen Turnerschaft angewiesen. Darum bitten wir diese, ihre Hand nicht zu verschließen, wenn wir mit der Bitte um ein Scherflein an sie herantreten werden.

Die Leitung des Kyffhäuser-Turngaues.

Das Urteil im Arensdorfer Prozeß.

Nach sechstägiger Verhandlung wurde in Frankfurt an der Oder im Arensdorfer Prozeß von Landgerichtsdirektor Dr. Rothe folgendes Urteil verkündet:

Das Schwurgericht verurteilt den Angeklagten August Schmelzer wegen Totschlages und versuchten Totschlages zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren. Sein Vater, der Angeklagte Paul Schmelzer, wird wegen Beihilfe zum Totschlag und versuchten Totschlags zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr sechs Monaten und wegen verbotenen Waffentragens zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Kosten des Verfahrens gehen zu Lasten der beiden Angeklagten als Gesamtschuldner. Da bei dem Angeklagten Paul Schmelzer in Anbetracht der Höhe der Strafe jetzt Fluchtverdacht als vorliegend angesehen werden muß, hat das Gericht die sofortige Verhaftung auch dieses Angeklagten verfügt. (Der Staatsanwalt hatte gegen Schmelzer Vater neun Jahre Zuchthaus beantragt.)

Die Urteilsbegründung.

In der umfangreichen Begründung des Zuchthausurteils gegen den jungen Schmelzer wird dargelegt, daß die Tat Schmelzers nicht als Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, sondern als Totschlag zu bewerten sei; August Schmelzer hätte sich, als er aus einer Entfernung, die er für 30 Meter hielt, in eine Menschenmenge hineinschoß, trotz seiner psychopathischen Wut darüber klar sein müssen, daß selbst ein Schrotschuß den Tod eines Menschen verursachen könne.

In bezug auf die Verurteilung des Vaters führt die Urteilsbegründung aus, daß die Tat des jungen Schmelzer ohne Beihilfe des Vaters nicht habe erfolgen können. Der alte Schmelzer habe sich einer schweren Unterlassung schuldig gemacht: er hätte dazwischenspringen und die Tat verhüten müssen, da er die psychopathische Anlage seines Sohnes gekannt habe. Darüber hinaus habe der Vater das Tun seines Sohnes objektiv und subjektiv unterstützt. Mildernde Umstände könnten beiden Angeklagten nicht zugebilligt werden; wenn auch der junge Schmelzer an Schwachsinn mittleren Grades leide, so werde doch dieser eine mildernde Umstand durch eine Fülle anderer erschwerender Umstände bei der Tat ausgeglichen.

Ob Bubikopf

Ob langes Haar

heute muß jede Frau ihr Haar so sorgfältig pflegen, wie nur irgend möglich, denn sie weiß, daß alle Blicke darauf ruhen.

Hunderttausende des schönen Geschlechts verdanken den herrlichen Glanz ihres Haares und seine seidige Weichheit der unvergleichlichen Pflege mit

ELIDA-SHAMPOO

ELIDA LEIPZIG

Eine Packung, für zweimaliges Waschen ausreichend, kostet 30 Pf. und ist dort zu haben, wo Sie Ihre Elida-Seife zu kaufen pflegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219271221-14/fragment/page=0002

Ablehnung des Schiedsspruchs.

Die Stillegungsdrohung bleibt aufrechterhalten.

In einer Begründung der Ablehnung des Schiedsspruchs in der Eisenindustrie durch die Arbeitgeber wird u. a. darauf hingewiesen, daß in dem Teil des Schiedsspruchs, der die Arbeitszeit regelt, die Röhrengießereien und Hochöfengießereien nicht berücksichtigt seien. Es sei unmöglich, in diesen Betrieben in der 3×Achtstunden-Schicht zu arbeiten, da sonst ein erheblicher Produktionsausfall zu befürchten sei. Sinngemäß müsse für diese Betriebe die gleiche Regelung eingeführt werden wie für die Hammer- und Preßwerke und die entsprechenden Walzwerke.

Weiterhin geht die Begründung auf die durch den Schiedsspruch vorgenommene Erhöhung der Lohnzuschläge für Mehrarbeit von 12,5 auf 25 Prozent ein. Die Arbeitgeberseite habe, um ein Entgegenkommen zu zeigen, freiwillig eine Erhöhung von 12,5 auf 15 Prozent angeboten, sie müsse darum nach dem ganzen Gang der Verhandlungen über die unerwartete Erhöhung auf 25 Prozent bestürzt sein.

Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahmen in einer stark besuchten Versammlung in Bochum Stellung zu dem Schiedsspruch für die nordwestliche Gruppe. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Der Schiedsspruch für die Löhne und die Arbeitszeit in der nordwestlichen Gruppe ist für den Deutschen Metallarbeiterverband unannehmbar.

Eine zur Veröffentlichung gelangende offizielle Erklärung von Arbeitgeberseite weist nochmals darauf hin, daß die Ankündigung der Stillegung in der Eisenindustrie aufrechterhalten werde und die Frage der Kündigung noch in keiner Weise entschieden ist.

Die Wahlvorschläge der Splitterparteien anerkannt.

Die Entscheidungen des Staatsgerichtshofes.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat durch seinen Präsidenten Ogg folgende Entscheidung verkünden lassen: In dem Streit der Aufwertungs- und Volksrechtspartei Mecklenburg gegen das Land Mecklenburg ist dahin entschieden worden:

1. Die Verordnung vom 5. Mai 1927 und die Abänderung des mecklenburgischen Landtagswahlgesetzes vom 30. Januar 1919 verstößt gegen § 35 des mecklenburgstrelitzischen Landesgrundgesetzes.

2. § 8 Absatz 2 Satz 1—3 des Landtagswahlgesetzes verstoßen in der ihnen durch die Verordnung vom 5. Mai 1927 gegebenen Fassung gegen die Reichsverfassung.

3. Die weiteren Anträge der Parteien werden zurückgewiesen.

Im gleichen Sinne ist entschieden worden in der Klagesache der Volksrechtspartei Hamburg gegen das Land Hamburg.

Einladung zu einem Sportfest nach Tokio.

Berlin. Auf diplomatischem Wege ist der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik und dem Deutschen Schwimmverband die Einladung eines der bedeutendsten Verlagshäuser in Japan für ein am 1 Oktober 1928 in Tokio stattfindendes Sportfest übermittelt worden. Die Japaner bitten um Entsendung einer 14köpfigen Expedition und betonen, daß sie besonderen Wert auf das Erscheinen von Houben, Dr. Peltzer und Erich Rademacher legen.

Der Kommandant des „Berlin" beim Reichswehrministerium.

Berlin. Der Kommandant des Kreuzers Berlin, Kolbe, dem der Vorwurf gemacht wurde, daß er den Prinzen Heinrich an Bord des Kreuzers „Berlin" eingeladen hatte, wurde vom Reichswehrministerium empfangen, um über die Vorgänge auszusagen. Eine Entscheidung über das Verhalten des Kommandanten hat das Reichswehrministerium noch nicht gefaßt.

Verhaftung eines Pseudorittmeisters.

Breslau. Auf Ersuchen der Breslauer Kriminalpolizei wurde gestern in einer Ortschaft des Kreises Lüben ein von mehreren Staatsanwaltschaften Deutschlands wegen schwerer Betrügereien, Urkundenfälschung und auch wegen Mordverdachtes gesuchter Mann, der 45jährige in Heiligenstadt im Eichsfeld gebürtige Kaufmann Willi W. verhaftet. Der Verhaftete trat bei seinen Betrügereien in der Uniform eines Rittmeisters der Paderborner Husaren auf und fand damit Eintritt in hohe Adelskreise.

Neuwahlen in Hamburg.

Hamburg. Nach Meldung von Hamburger Abendblättern finden am Sonntag, den 26. Februar Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft statt.

Verhaftung eines französischen Spions.

Cannstatt In Cannstatt wurde ein französischer Spion, der sich vor Monaten an einen Reichswehrgefreiten herangemacht und von diesem zum Schein Material erhalten hatte, bei einer Zusammenkunft mit dem Gefreiten in einer Wirtschaft verhaftet. Eine mitbeteiligte Frauensperson konnte sich, wie die „Cannstatter Zeitung" berichtet, durch Flucht der Verhaftung entziehen. Mit Hilfe eines beschlagnahmten Briefes gelang es auch, die Deckadresse einer in Karlsruhe lebenden Mittelsperson herauszubekommen und weiter die Adressen von sieben beteiligten Personen in München, und den Zusammenhang dieser Affäre mit einem schon seit fünf Jahren in Ludwigsburg bestehenden französischen Zentralbureau für Spionage aufzuklären. Der Verhaftete ist ein Elsässer namens Frank.

Vertagung des Reichstages bis 19. Januar.

Berlin. Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe vertagte sich der Reichstag bis zum 19. Januar, an dem die erste Beratung des Etats für 1928 beginnen soll.

Die amtliche Großhandelsindexziffer.

Berlin. Die auf den Stichtag des 14. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes beträgt 139,3 (Vorwoche 139,9).

Gesamtergebnis der Angestelltenwahlen.

Vorläufiges Resultat.

Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der Angestelltenwahlen haben erhalten: der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1608 Vertrauensmänner gleich 45,3 Prozent sämtlicher Vertrauensmännersitze, die mit ihm verbündeten Verbände weitere 290 Vertrauensmännersitze. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat 901 Vertrauensmänner gleich 25,4 Prozent der Sitze erhalten, der gesamte Hauptausschuß 2924 Vertrauensmännersitze gleich 82,4 Prozent sämtlicher Vertrauensmännersitze. Die 14 Arbeiterverbände haben es auf 544 Vertrauensmännersitze gebracht, gleich 15,3 Prozent sämtlicher Vertrauensmännersitze. Das bedeutet für sie einen Rückgang gegen die letzte Wahl im Jahre 1922.

52 Grad unter Null!

Unliebsame Folgen des starken Frostes.

Einen so kalten Winter wie diesen hat es lange nicht gegeben. Die ganze Welt friert. Aus Jakutsk (Nordostsibirien) wird furchtbare Kälte gemeldet. Das Thermometer ist auf 52 Grad unter Null gesunken. Krähen, die ihre Nester in der Suche nach Nahrung verlassen, erfrieren während des Fluges und fallen als Eisklumpen auf den Boden. Unter der Bevölkerung sind bereits zahlreiche Opfer der Kälte festgestellt worden. Aus Urga (Mongolei) wird gemeldet, daß auf dem Wege zwischen Urga und Kjachta eine chinesische Karawane erfroren ist. Bisher wurden 22 Tote geborgen.

In Europa sind die Temperaturen etwas milder, aber an vielen Orten in Rußland und in Polen zeigt das Thermometer auf 25 Grad unter Null. In Mitteldeutschland ist wieder etwas milderes Wetter eingetreten.

Infolge des außerordentlich starken Schneefalls sind sämtliche vorpommerschen Kleinbahnen stillgelegt. Zugverspätungen gab es überall.

In ganz Großbritannien herrscht scharfer Frost. Aus dem Norden Englands und aus anderen Teilen des Landes werden starke Schneefälle gemeldet. Ebenso herrscht in Frankreich strenge Kälte. Die festgestellten Temperaturen schwanken zwischen 9 und 15 Grad.

Die nächsten Militärrenten- und -pensionszahlungen.

Der Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" teilt mit, daß mit der Auszahlung der laufenden Rente für Januar 1928 nochmals eine Vorauszahlung auf die durch die fünfte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz bedingte Rentenerhöhung in gleicher Weise wie im vorigen Monat verbunden wird. Die Zahlung erfolgt bereits vom 28. Dezember an. Sofort nach Bekanntgabe der fünften Novelle beginnen die Versorgungsämter mit der Umrechnung der Versorgungsgebührnisse. Die Beschädigten erhalten eine einmalige Nachzahlung durch Postscheck in der Weise, daß spätestens am 15. Januar 1928 jeder Beschädigte sein Geld bekommt, und zwar wird für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. Januar 1928 der Unterschied zwischen den Bezügen nach der fünften Novelle und den bereits gezahlten Bezügen nachgezahlt. Bei den Hinterbliebenen wird die Umrechnung so eingeteilt, daß sie die Nachzahlung für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. Januar 1928 zusammen mit der Februarrente Ende Januar 1928 erhalten

Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger sowie die Empfänger von Hinterbliebenenpensionen — ausgenommen diejenigen der bisherigen Gruppen von B 2 an aufwärts — erhalten zunächst alsbald nochmals einen Vorschuß auf die Erhöhung ihrer Gebührnisse in der gleichen Höhe wie für die letzten Monate. Nötigenfalls soll ein gleicher Vorschuß nochmals mit den Gebührnissen für Januar 1928 gezahlt werden, bevor die endgültige Abrechnung erfolgt.

Winke und Ratschläge.

Tropfflecke von Kerzen, wie sie zur Weihnachtszeit leicht in Kleidungsstücken, Tischtüchern und Teppichen entstehen, beseitigt man, indem man die Fleckstelle mit einem mehrfach zusammengelegten Stückchen Löschpapier bedeckt und dann mit einem heißen Plätteisen ausbügelt. Die Kerzenmasse wird hierdurch flüssig, vom Löschpapier aufgesaugt und der Fleck ist verschwunden.

Wunsch und Erfüllung birgt der Monat Dezember mit Weihnachtsfest und Gedenktag. Möchten die Wünsche auch tausendfach verschieden sein, — gute Laune und frohe Stund'n möchte jeder um ein Abonnement der Meggendorfer-Blätter bedeutet die Erfüllung dieser Sehnsucht für jeden!

Dieses beliebte Familienwitzblatt erscheint wöchentlich mit einem Heft, das — reich an Bildern und Illustrationen — bestere Lektüre bringt für alle, ob sie Witz oder Satire, Humoresken oder Anekdoten, lyrische oder heitere Gedichte oder aktuelle Glossen und Reime suchen und besonders lieben. Rätsel jeder Art fehlen den der gerne grübelt und die alle 14 Tage erscheinende Preisaufgabe bedeutet nicht nur eine andere Frage an den Humor und die Findigkeit des Lesers, sondern auch ansehnliche Geldgewinne für einen glücklichen Einsatz. Dabei sind die Meggendorfer-Blätter parteilos und unpolitisch und deshalb das Witzblatt für alle!

Das Abonnement auf die Meggendorfer-Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag in München, Residenzstr. 10. Die seit Beginn eines Vierteljahrs bereits erschienenen Nummern werden neuen Abonnenten auf Wunsch nachgeliefert.

Freude im Leide.

Lachende Freude bereiten im tiefsten Leide des Lebens,
Das ist göttlicher Sinn und Krone der menschlichen Taten.
Sieh' hier krüppelige Kindlein, hinkend und rutschend im Staube,
Siechende Alte und tastende Blinde, Blöde und Kranke,
Eine gewaltige Schar, vom Jammer der Erde gebunden —
Wie sie des bitteren Loses vergessend strahlen in Wonne,
Wenn sie empfangen die Gaben Deiner freundlichen Liebe
An dem heiligen Fest, da Christus der Heiland geboren.
Ach, wie warten sie schon und dürsten nach tröstender Freude.
Tausendmal Dank, wer ihrer gedenket in mildem Erbarmen!

Gaben freundlicher Liebe zur Weihnachtsfreude seiner leidenden Pfleglinge nimmt dankbarst an Dr. H. Braun, Superintendent i. R., Ang'rburg Ostpr., Krüppelanstalten. (Postschckkonto Königsberg Pr. Nr. 2423.)

Von Mittwoch ab
frischen Seelachs
Kabeljau u. Goldbarsch
E. Kropf, Bahnhofstraße.

Schriftl. Heimarbeit
Vitalis-Verlag, München 60

Spielkarten
bei Wilh Sauer, Roßleben

Christbaum-Glasschmuck
in großer Auswahl
zu nie dagewesenen Preisen
empfiehlt
Herrmann

Als Weihnachtsgeschenke
empfehle ich:

Wanderer-Fahrräder	Fahrradteile
Seidel & Naumann- „	Schläuche
Gritzner- „	Mäntel
Presto- „	Oele
Torpedo- „	Grammophone
„Weltrad"	Platten in großer Auswahl

Erleichterte Zahlungsbedingungen
Walter Schwiecker, Nebra a. U.
Bahnhofstrasse 19

Der Brockenschreck.

Roman von Otto Goldmann.

29] (Nachdruck verboten.)

Pudelchen warf einige Töpfe durcheinander, drehte den Gashahn auf und versprach, „In fünf Minuten."

Er meinte, mit der Uhr in der Hand, dann sei Pudelchen ein Mordsgenie, und sah sie dabei so an, daß sie errötete, denn sie fühlte sich moralisch in den runden nackten Arm gekniffen.

Im leeren Frühstückszimmer blies er dann den heißen Kaffee. „Pudelchen ist ein Mordsgenie, aber doch ein kleines Schaf. Wer kann kochendes Gebräu hinunterschlucken, wenn einem die Entdeckung auf den Nägeln brennt? Rauchen wir so lange eine Zigarette!"

Nach dem Abendbrot begleitete sie Frau Zur Mühlen in ihr Zimmer, geheimnisvoll und scheu sich dabei umsehend.

„. . . Weil Ihr junges Leben mir leid tut," schloß sie ihre Warnung, morgen auf keinen Fall in Begleitung des Studenten auf den Brocken zu gehen.

Frau Eva hatte erst laut gelacht, dann war sie nachdenklich geworden. Zuletzt aber hatte sie der alten Dame die Tür gewiesen. Nicht mit harten Worten, aber sehr energisch und zweifelsfrei. „Ein übergeschnappites Frauenzimmer!" dachte sie. „Sie ahnt ja gar nicht, wie sie mich in ihm beleidigt hat!"

Heimlich schlich sie sich in der Dämmerung aus dem Hause, eilte seufzend durch die engen Straßen, und war nachher auf ihrem Zimmer, „so muß ich ihr auf haudgreiflichere Weise die Augen öffnen!" Setzte sich hastig an den Schreibtisch und warf einige Zeilen auf das Papier.

„Sie will nicht sehen und hören," sagte Frau Arndt erst einigermaßen beruhigt, als sie den Brief auf der Post aufgegeben hatte. Den Eilbrief an die Staatsanwaltschaft in Halberstadt, der am nächsten Tage die Bombe zum Platzen bringen sollte.

Vierzehntes Kapitel.

Schlich man in der Pension Parkstraße 7 überhaupt nur noch über die Treppen, scheue Blicke um sich werfend?

Denn am nächsten Morgen, es war zwischen 5 und 6 Uhr, kam schon wieder jemand vorsichtig die Treppe herab. Diesmal war es der Student, in Wickelgamaschen, den Rucksack auf dem Rücken und den Stock in der Hand.

„Vielleicht ist unten noch ein Schluck Kaffee von gestern übrig," murmelte er vor sich hin, „ich habe einen heißen Tag vor mir."

Als er die Stufen in den Souterrain hinabtastete, um in der Küche Umschau zu halten, stockte sein Fuß. Er war entdeckt.

„Auch schon munter, Elle? Atsch, ich bin doch noch vor dir auf!" Pudelchen, eine ungeheure Schürze umgetan, tauchte vor ihm auf. „Ach, Sie sind's Herr Möbius? Ich dachte, Sie wollten erst mit dem 9-Uhr-Zuge fahren!"

Er griff in die Tasche, fand aber sein Etui nicht. Wo konnte er nur das silberne Ding haben? In seinem Zimmer oben? Leise, um niemanden zu wecken, schlich er wieder nach oben, suchte immer ärgerlicher werdend nach seinem Etui. Endlich gab er das Suchen auf. „Na denn nicht!" Ging an den Schreibtisch und steckte sich einige Zigaretten, die ganz hinten lagen, lose in seine Tasche.

Der Kaffee war unterdessen genießbar geworden, lustiger Zigarettenrauch ringelte für fünf Minuten gegen die Decke des Frühstückszimmers, dann eilte der Student aus dem Hause. Mit langen Schritten lief er auf den Rammelsberg zu, als ob er die verlorene Zeit wieder einholen müsse.

Kurz vor acht kamen die anderen Brockentouristen zum Frühstück. Frau Eva, ihr Vetter und der Berliner.

Pudelchen bestellte, was der Student ihr aufgetragen hatte, vergaß auch den Nachsatz nicht.

Bei diesem wurde Frau Eva sehr blaß. Also doch nach Oderbrück. Oh, das war schändlich, rücksichtslos und unwürdig. Pudelchen glaubte, sie trösten zu müssen. „Er sei Punkt 2 Uhr im Brockenhotel, hat er noch gesagt."

„Die halbe Bowle wird dann leer sein," knurrte der Vetter.

Frau Eva war aufgebracht. „Du denkst auch nur an Materielles, hier stehen doch ganz andere Dinge auf dem Spiel!"

Das verstand er nun wieder nicht. Frau Eva hörte aber nicht auf sein Knurren. Mit entsetzten Augen blickte sie auf den Platz, wo der Student in Eile gefrühstückt.

Ihre scharfen Augen hatten ein Endchen Zigarette erblickt. Ein Endchen Zigarette, auf deren Hülse das Wort „Puck" leuchtete wie eine flammende Inschrift.

Schwankend erhob sie sich. Beinahe taumelnd ging sie um den Tisch. Es gelang ihr, dieses verräterische Reschen unbemerkt in ihrer Handtasche verschwinden zu lassen. „Habe ich denn geträumt? Könnte es doch möglich sein? Ich muß ihm in die Augen sehen!" und laut sagte sie: „Was bummelt Ihr denn so, wir kommen ja zu spät zum Zug!"

Der Vetter meinte auf dem Weg zum Bahnhof, ob sie friere. Sie zitterte doch so. Aber es war nur das Fieber der Aufregung, der entsetzlichen Aufregung, die sie schüttelte.

Diese Aufregung legte sich erst, als sie in Bad „Harzburg angekommen die nächste Höhe erklommen hatten und in die sonnenbeschienene Landschaft zu ihren Füßen blickten.

Im weiten Kreis lagen die Dörfer und Flecken, lachend und grüßend mit den roten Dächern. Die frischen Wiesen mit ihrem moosigen Grün und die Bäche, die ins Tal rannen, mit ihrem munteren Blinken und Blitzen.

Der dicke Vetter aus München sogar meinte anerkennend: „Sakrisch schön ischt's hier scho — aber heiß!" Er wischte sich den Schweiß von der Stirn.

„Das treibt die Schlechtigkeit raus, außerdem den Alkohol," lachte Frau Eva, obwohl ihr noch gar nicht nach Scherzen war.

Als der Berliner meinte, Harzburg komme ihm vor, wie aus einer Spielzeugschachtel aufgestellt — für drei Mark fünfzig bei Wertheim, stand sie schnell auf und ging weiter.

Der, den sie oben auf dem Brocken erwartete, fiel ihr wieder ein. Dort oben hinter den dunklen Tannen, die ihr wie spitze, scharfe Dolche um diesen Unglücksberg herum vorkamen. Sie atmete schnell. Kaum konnten ihr die Begleiter folgen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219271221-14/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Feuersozietätsbeiträge für das Jahr 1928.

Die Beitragsausschreiben für das Jahr 1928 werden den Versicherungsnehmern in den nächsten Tagen zugestellt werden.

Die ausgeschriebenen Versicherungsbeiträge sind nach Zustellung des Beitragsausschreibens **umgehend** an die darin angegebene Hebestelle zu zahlen; nach Ablauf eines Monats wird angenommen, daß kostenpflichtige Abholung gewünscht wird.

Nebra, den 16. Dezember 1927.

Der Magistrat. Stattmann.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die Steuerrestanten werden hierdurch aufgefordert, ihre rückständigen Steuern und zwar: **Grundvermögens-, Hauszins- und Kommunalsteuern** für den Monat Dezember ds. Js. binnen drei Tagen an uns zu zahlen, anderenfalls werden die restlichen Beträge im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

Nebra a. U., den 20. Dezember 1927.

Die Stadtsteuerkasse.

Wird veröffentlicht: **Der Magistrat.**

Das beste Weihnachtsgeschenk
ist eine Gritzner-

Nähmaschine

Erstklassiges deutsches Fabrikat
in höchster Vollendung / Unübertroffen
in Leistung und Material.

Von 125.- Mark an

Erleichterte Zahlungsbedingungen

Walter Schwiecker, Nebra
Bahnhofstrasse 19

Turnverein (D.T.)

Am 3. Weihnachtsfeiertage
Dienstag, den 27. Dezember 1927
findet unser

Weihnachts-Vergnügen

bestehend aus Theater und Ball
im **„Preußischen Hofe"** statt.

Zur Aufführung gelangt:

Der keusche Lebemann

Schwank in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach

Danach: **BALL**

Kassenöffnung 7 Uhr **Anfang 8 Uhr**

Preise der Plätze: 1. Platz numeriert 1.— Mk.
Estrade und Galerie 60 Pfg.

Karten sind im Vorverkauf beim Vorsitzenden Kaufmann Meitz zu haben

Die verehrliche Einwohnerschaft von Nebra und Umgegend laden wir hierzu freundlichst ein

Der Vorstand.

RM. 1.20 **LOSE** **RM. 1.20**

der Magdeburger Hallenbau-Lotterie zur Förderung von Zuchtvieh-Veranstaltungen

Ziehung am 16. und 17. Januar 1928

Hauptgewinn: 1 Auto im Werte von 5000 M.

hält vorrätig

Buchhandlung Wilh. Sauer, Roßleben.

Kriegerverein Nebra

Zu unserer **am 1. Weihnachtsfeiertag abends 8 Uhr** im **„Preußischen Hof"** stattfindenden

Weihnachtsfeier

bestehend in

theatralischen Vorträgen etc.

laden wir Kameraden und Freunde hierdurch ergebenst ein **Der Vorstand.**

Erlös fließt der Unterstützungskasse zu.

Am 1. und 2. Weihnachtsfeiertage finden Sie in den neu renovierten unteren Räumen des

Schützenhauses

angenehmen Aufenthalt

Küche und Keller bieten das Beste

Um geneigten Zuspruch bittet

R. Janda, Schützenhauswirt.

MODENSCHAU

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Haus und Gesellschaft

Erscheint monatlich im Umfange von 58 Seiten in elegantem, mehrfarbigem Umschlag
30 Seiten Mode
28 Seiten Unterhaltung

Ueber 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 60 Pfennig

Unentbehrlich für Näherei

Zu haben in allen Buchhandlungen

Als Weihnachtsgeschenke

empfehle ich mein reichhaltiges Lager in:

Herren-Uhren	Kolliers aller Art
Armband-Uhren	Manschettenknöpfe
Stand-Uhren	Ringe
Salon-Uhren	Krawattennadeln
Küchen-Uhren	Bestecke
Wecker aller Art	Löffel

und sonstige Geschenkartikel

Walter Schwiecker, Nebra a. U.
Bahnhofstraße 19

Das Beste zum Weihnachtsfeste ist und bleibt ein guter

Festtags-Braten

Ich empfehle dazu:

Prima ausgemästetes Rindfleisch
Erstklassiges Kalbfleisch sowie
Prima Hammel- und Schweinefleisch

Ferner:

ff. Wurstwaren, rohen u. gekocht. Schinken
Mortadella und Salamiwurst

Otto Rixrath, Fleischermstr., Nebra

NB: Aufschnitte und Wurstwaren werden mittels Aufschnittmaschine servierfertig zubereitet.

Zur bevorstehenden Festbäckerei und zum Weihnachtsfest empfehle:

Sämtliche Backwaren

in verschiedenen Preislagen.

Rum, Arrak, Punsch, Weinbrand
Alten Korn, Branntwein, Liköre

in Originalflaschen und lose

Frucht- und Gemüsekonserven

Kirschen, Pflaumen, Erdbeeren, Reineklauden, Mirabellen,

Spargel, Leipziger Allerlei, junge Erbsen und Schnittbohnen

Getrocknete Früchte

Aprikosen, Mischobst und Pflaumen

in guten Qualitäten zu soliden Preisen.

Wwe. Meitz, Nebra.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief am Montag früh 7 Uhr unsere gute Mutter, Schwieger und Großmutter

Frau Berta Pabst
geb. Sänger

im 87. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen
Richard Pabst und Familie
Ottilie Hundertmark geb. Pabst

Nebra a. U., Niederlahnstein a. Rh., den 19 Dezember 1927.

Die Beerdigung findet Donnerstag mittag 12 Uhr statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219271221-14/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 101 — Mittwoch, den 21. Dezember 1927 — 40. Jahrgang

Reichstagsferien.

Mit einem tief aus dem Herzen kommenden „Uff!" der Erleichterung sind am vergangenen Sonnabend die Reichstagsabgeordneten in die Ferien gegangen; denn „der letzten Monate Qual war groß", um ein Wort Schillers etwas zu variieren. Mehr als reichliche Arbeit in den Ausschüssen, vielstündige Sitzungen im Plenum, wo zahllose Abstimmungen stattfanden, deren Resultat so manches Mal auf des Messers Schneide stand, haben Zeit und Arbeitskraft der Volksvertreter stark genug in Anspruch genommen. Angenehmer und kurzweiliger wurde die Sache dadurch auch nicht gerade, daß der Wahlkampf des kommenden Jahres seinen ersten Schatten über das „Hohe Haus" warf, Anträge, Reden und Abstimmungen zu beeinflussen begann.

Das Parlamentsjahr 1927 zog ja im Zeichen der Krise ein, der „üblichen" Weihnachtskrise, die im Anfang Februar durch das neugebildete Kabinett Marx ihr Ende fand. Die Opposition hat der neuen Regierungskoalition und ihrem Kabinett manch schwere Stunde bereitet, so manches Mal haben auch angebliche oder wirkliche innere Schwierigkeiten in Kabinett und Koalition die Entwicklung zu gefährden vermocht. Beides wurde bisher überwunden; aber — man hüte sich vor dem politischen Prophezeien darüber, wie es im kommenden Jahre aussehen wird! Wachsende, tiefere Schatten wirft der Wahlkampf voraus; da muß man sich denn immer auf allerhand Überraschungen gefaßt machen. Auch bei der Beratung des Reichsschulgesetzentwurfs haben sich — wieder einmal — innerhalb der Koalition Schwierigkeiten gezeigt; nach bewährter Methode hat man die Weiterberatung vertagt, um in der Zwischenzeit eins der im Parlament überaus üblichen Kompromisse zu finden. Schließlich hat ja keine der jetzigen Koalitionsparteien ein wesentliches Interesse an der Sprengung des parlamentarischen Bündnisses, die zweifellos die Auflösung des Reichstages herbeiführen würde. Will man doch unter allen Umständen noch das Liquidationsschädengesetz, den Etat, das neue Strafgesetzbuch und so manches andere erledigen, vielleicht sogar auch an die soviel diskutierte Reichsverwaltungs- und Verfassungsreform herangehen. Mitte Januar wird die jetzt aufgewühlte Streitfrage — Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in der Bekenntnisschule durch Beauftragte der entsprechenden Religionsgesellschaften —, die schon Anlaß zu Krisengerüchten gab, auch wieder mit größerer Ruhe und durch gegenseitiges Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen sein, weil man einen Wahlkampf um das Reichsschulgesetz denn doch nicht entbrennen lassen will.

Gesetzgeberisch ist im Jahre 1927 durch den Reichstag recht Erhebliches geleistet worden; ob Gutes oder Schlechtes, wird natürlich vom verschiedenen Parteistandpunkt aus auch verschieden beurteilt. Die großen Vorlagen über die Erwerbslosenversicherung und die Beamtenbesoldungsreform konnten aber doch auch mit Zustimmung der Opposition erledigt werden; sie sind sozialpolitisch, finanziell und wirtschaftlich von besonders großer Bedeutung. Erfreulicherweise ist es auch gelungen, eine Reihe von Handelsverträgen unter Dach und Fach zu bringen und die abgebrochenen handelspolitischen Beziehungen mit Polen leicht wieder anzuknüpfen. Am meisten Arbeit verursachte dem Parlament natürlich das Schmerzenskind, nämlich die Finanzen Deutschlands. Auch hier ist noch manches, was geschehen soll, erst im Werden, aber in letzter Stunde hat man doch wenigstens eine wenn auch bedingte Lohnsteuersenkung durchgeführt, weil die Reichseinnahmen weit höher waren, als man dies zu Beginn des Jahres je zu hoffen wagte. Denn im großen und ganzen können wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1927 einigermaßen zufrieden sein; dabei hat zweifellos sehr erheblich mitgewirkt, daß unsere deutsche sozialpolitische Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß kam, die Wirtschaft vor irgendwelchen Experimenten nach dieser Richtung hin verschont geblieben ist.

Außenpolitisch hat sich der Reichstag einer gewissen Resignation hingegeben, da hier die Entwicklung zwangsläufig verlief. Hierin herrschte im Reichstag eine Art Kirchhofsruhe, die nur sehr selten durch kurze, müde Debatten gestört wurde; daß es im nächsten Jahr anders wird, ist nicht zu erwarten.

Viel an Arbeit ist durch den Reichstag geleistet worden im nun bald verflossenen Jahr; nicht minder Wichtiges soll im kommenden Jahr noch geleistet werden und dann — hat der Wähler das Wort.

Ein Unterseeboot gerammt und gesunken.

Morseverständigung unter Wasser.

Das amerikanische Unterseeboot „S. 4" wurde auf der Höhe von Woodend von dem zum Küstenschutz gehörenden Zerstörer „Paulding" gerammt und ging unter. Zeugen des Unglücks berichten, daß der Zerstörer „Paulding" im Begriff war, in den Hafen einzulaufen, als das Unterseeboot plötzlich emportauchte. Der Zerstörer konnte seine Fahrtrichtung nicht mehr ändern, und so stießen die Schiffe zusammen. Das Unterseeboot sank sofort. Das Schicksal der aus vier Offizieren und 39 Mann bestehenden Besatzung ist noch ungewiß.

Der Zerstörer „Paulding" erreichte den Hafen mit Wasser im unteren Schiffsraum. Er wird voraussichtlich sofort auf Strand gesetzt werden müssen, da man sein Sinken befürchtet.

Das Marinedepartement wurde benachrichtigt, daß Taucher feststellten, daß sich in dem Torpedoraum des Unterseeboots „S. 4" sechs Mann am Leben befinden. In das Unterseeboot wurde Luft gepumpt und zwischen den Tauchern und den Leuten im Torpedoraum

durch Klopfzeichen eine Verständigung

herbeigeführt. Die Klopfzeichen wurden erwidert und es entspann sich zwischen den Eingeschlossenen und den Tauchern folgende Unterhaltung. Frage von außen: „Ist Sauerstoff vorhanden?" Antwort von innen: „Nein, Luft ist stickig. Wie lange dauert es noch?" Auf die weitere Frage der Taucher: „Wieviel seid ihr?" kam die Antwort: „Wir sind sechs. Bitte, beeilt euch! Wird es noch lange dauern?" Darauf antworteten die Taucher: „Wir tun alles mögliche."

In der Bevölkerung rief der Untergang des Unterseebootes begreiflicherweise allergrößte Erregung hervor. Die Bergungsarbeiten wurden schleunigst eingeleitet und zunächst eine

Markierung der Unfallstelle durch Leuchtbojen

durchgeführt. Außerdem wurden von allen Seiten Taucher und Preßluftpontons abgeschickt. Admiral Hughes übernahm von Washington aus persönlich die Organisierung des Hilfswerkes.

Im Laufe des Tages trafen dann auch noch insgesamt 50 Taucher und neun Marinefahrzeuge an der Unglücksstelle ein, um die Hebearbeiten aufzunehmen. Taucher konnten erst nach stundenlangem Suchen die Position des Wracks feststellen, das rund 1650 Meter von der Hafeneinfahrt in etwa

33 Meter Tiefe liegt.

Eine Rettung der in dem gesunkenen Unterseeboot noch lebenden Mannschaft wird sich nur durch Heben des Bootes ermöglichen lassen. Da alle Rettungsarbeiten mit größtem Nachdruck betrieben werden, besteht die Hoffnung, wenigstens einen geringen Teil der Besatzung am Leben zu erhalten.

Die Hilfe für Ostpreußen.

Gemeinsame Kabinettssitzung.

Eine gemeinsame Sitzung der beiden Kabinette, der Reichsregierung und der preußischen Regierung, wurde für Mittwoch angesetzt, in der über die Maßnahmen beraten werden wird, die die beabsichtigte Aktion der beiden Regierungen zur Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Ostpreußen vorgesehen hat.

Geplant sind die Ausgabe möglichst niedrig verzinslicher Pfandbriefe, die Gewährung von Zwischenkrediten für die Landwirtschaft, ein Sonderkredit für die Genossenschaften. Die bisherigen erststelligen Hypotheken sollen verbilligt, Wechselschulden und zweite Hypotheken abgelöst werden. Über den wirtschaftlichen Sachverständigen, den Ostpreußen in die neue Verwaltungsstelle für Ostpreußen beim Reichsministerium des Innern entsenden soll und für den das Recht des unmittelbaren Vortrags beim Reichskanzler vorbehalten ist, ist noch keine Entscheidung getroffen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde der Gesetzentwurf betreffend das Übereinkommen und Statut über die Internationale Rechtsordnung der Seehäfen behandelt. Nach längerer Aussprache kam sowohl von seiten der Reichsregierung wie von Mitgliedern des Ausschusses zum Ausdruck, daß der Wunsch nach einer möglichst freiheitlichen Gestaltung der Beziehungen der Seeschiffahrt allerdings im Statut in mancher Hinsicht nicht verwirklicht worden sei, insbesondere seien die deutschen Wünsche in dieser Beziehung nicht durchweg befriedigt worden. Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Der Eisenkonflikt dauert an.

Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Arbeitnehmer.

In Essen tagte die Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes (freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch) für den Ruhrbezirk Nordwest. Nach erregter Aussprache wurden die beiden Schiedssprüche des Schlichters einmütig abgelehnt. Angegriffen wurden in dem Arbeitszeitschiedsspruch insbesondere die Regelung der Sonntagsarbeit und die Bestimmungen über die Arbeitszeit in den weiterverarbeitenden Betrieben. Die Regelung über die Lohnhöhe wurde als

vollständig indiskutabel

bezeichnet, und auch die Laufdauer des Schiedsspruchs wurde abgelehnt.

In Mülheim an der Ruhr tagte gleichzeitig die Vertreterkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Auch in dieser Versammlung wurde der Schiedsspruch über die Lohnhöhe kurzerhand abgelehnt. Die Ansichten über den Schiedsspruch bezüglich der Arbeitszeit waren geteilt.

Die führenden Industriellen der nordwestlichen Gruppe des Arbeitgeberverbandes sind in Düsseldorf zu einer vertraulichen Besprechung zusammengetreten, um die Richtlinien für die Stellungnahme der Großindustrie bei den am Dienstag stattfindenden Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister in Berlin festzulegen. Eine Klärung in der Frage der Stillegungsaktion ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Diese Ungewißheit hat in Arbeiterkreisen Beunruhigung hervorgerufen.

Vor der Verbindlichkeitserklärung in Niederschlesien.

In Waldenburg nahmen sowohl die Arbeitnehmer- wie auch die Arbeitgeberverbände zu dem am Sonnabend gefällten Schiedsspruch Stellung. Die Arbeitnehmerverbände lehnten den Schiedsspruch ab, die Arbeitgeber nahmen ihn trotz schwerer Bedenken an. Nunmehr finden die Nachverhandlungen statt, in denen aller Voraussicht nach der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird. Damit dürfte die Streikgefahr im niederschlesischen Kohlenrevier behoben sein.

Die Präsidenten der Landesarbeitsämter.

Ernennungen durch den Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat im Einvernehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie den obersten Landesbehörden zu Präsidenten der Landesarbeitsämter folgende Herren ernannt: Für den Bezirk Ostpreußen den Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Gaßner, für Schlesien den Landesrat Gärtner, für Brandenburg Stadtrat Brühl, für Pommern Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium Kretschmann, für die Nordmark Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Dr. Sjöberg, für Niedersachsen Präsident Dr. Link, für Westfalen Direktor Dr. Ordemann, für das Rheinland Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Mifsong, für Hessen den badischen Arbeitsminister a. D. Dr. Engler, für Mitteldeutschland den Präsidenten im Landesfinanzamt Berlin Dr. Löblich, für Sachsen Dr. Schulze, für Bayern Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Geheimrat Kerschensteiner und für Südwestdeutschland Ministerialrat im württembergischen Arbeitsministerium Kälin.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die 26prozentige Reparationsabgabe.

Bekanntlich sind seit einiger Zeit Verhandlungen im Gange, um einen Fortfall der 26prozentigen Reparationsabgabe auf deutsche Waren bei Einfuhr nach Frankreich und England zu erzielen. Dem Vernehmen nach werden von englischer Seite kaum Einwendungen gegen die Aufhebung der Abgabe erhoben. Dagegen zeigt Frankreich bisher wenig Neigung, sich dem englischen Beispiel anzuschließen. Jedoch hofft man, schließlich auch diesen Widerstand überwinden zu können.

Dr. Stresemann vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Ergebnissen der Genfer Verhandlungen. Zu Beginn der Aussprache gab Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann eine ausführliche Darstellung aller Angelegenheiten, die bei der Genfer Zusammenkunft Grundlage der Besprechungen gewesen waren. Graf Bernstorff sprach über den Stand der Abrüstungsfragen, bei denen er in Genf als deutscher Vertreter beteiligt war. Eine längere Aussprache schloß sich an.

...zerschiff.

...chstag?

...an dem Etatsent-
...vorgenommen, so
...von 23,5 Millionen
...erschiffes abgesetzt.
...mit der Notwendig-
...zu vermeiden und
...gen, hat ziemliches
...die Streichung den
...rat zu und will
...ch dabei nicht be-
...ine Doppelvorlage
...sen wird aller-
...chsrats sei auf die
...r zurückzuführen.
...t von dem Stand-
...tte die Regierung
...orderung durchzu-

...en Ordens.

...und links.

...deutschen Ordens"
...dem sich zahlreiche
...eiligten. Der Hoch-
...Richtlinien bekannt,

...ampf des Ordens
...er Orden jetzt seine
...Aufgabe darin, den Selbstschutz Deutschlands einzutreten, hinter sich habe. Die Arbeit des Ordens

...gelte den jetzigen Zuständen in Deutschland. Heute habe man nicht die Demokratie, sondern die Plutokratie. Der Kampf des 20. Jahrhunderts gehe um die Freiheit der Völker gegen die Tyrannei des Geldes. Der Orden glaube nicht an den Völkerbund; er lehne aber jedes nutzlose Predigen des Revanchegeistes ab. Das jetzige Manifest bilde nur den Anfang einer Aussprache mit Führern aller Richtungen. Mit dem Manifest beurade der Orden jeden bisherigen Streit; er kenne keinen Gegensatz von rechts und links, keinen Unterschied von Klassen und Ständen. Der Verfassungsgrundsatz, daß die Gewalt vom Volke ausgehe, sei verletzt worden. An die Stelle der von der Weimarer Verfassung gewollten Macht des Volkes sei die Macht des Geldes getreten. Der Kampf gegen die Plutokratie müsse unter Umständen auch mit Wahlenthaltung durchgefochten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219271221-14/fragment/page=0005